

Der belgische Föderalismus anno 2014

Prof. Dr. L. Lavrysen

*Richter am Verfassungsgerichtshof
Professor Universität Gent*

Eine schrittweise Reform zu einem Föderalstaat hin, der sich aus drei Regionen und drei Gemeinschaften zusammensetzt

I. Die belgische Staatsstruktur entwickelte sich in der Zeit von 1970 bis 1993 schrittweise von einem dezentralisierten unitären Staat bis hin zum Föderalstaat ⁽¹⁾, der sich aus vier *Sprachgebieten* (dem niederländischen Sprachgebiet, dem französischen Sprachgebiet, dem deutschen Sprachgebiet und dem zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt), drei *Regionen* (der Flämischen Region, der Wallonischen Region und der Region Brüssel-Hauptstadt), welche für so genannte ortsbezogene Angelegenheiten zuständig sind, und drei *Gemeinschaften* (der Flämischen, der Französischen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft), welche für sogenannte personenbezogene und kulturelle Angelegenheiten zuständig sind, zusammensetzt ⁽²⁾. Dabei ist zu vermerken, dass im Norden des Landes die Flämische Region und die Flämische Gemeinschaft sich faktisch zusammengeschlossen haben und über gemeinsame Institutionen verfügen (Flämisches Parlament, Flämische Regierung, Ministerium der Flämischen Gemeinschaft und verschiedene flämische öffentlich-rechtliche Anstalten), während dies weder im Süden des Landes noch in Ostbelgien der Fall ist, wo die für personenbezogene Angelegenheiten zuständige Französische (die sich selbst seit einiger Zeit als „*Fédération Wallonie-Brüssel*“ bezeichnet) bzw. Deutschsprachige Gemeinschaft sich jeweils von der für ortsbezogene Angelegenheiten zuständigen Wallonischen Region unterscheiden. Im Mittelpunkt des Landes befindet sich die Region Brüssel-Hauptstadt, die - genauso wie die Flämische und die Französische Region - für die ortsbezogenen Angelegenheiten zuständig ist. In diesem zweisprachigen Gebiet sind die Französische bzw. die Flämische Gemeinschaft für die personenbezogenen Angelegenheiten zuständig, allerdings nur insofern, als es sich dabei um einsprachige Einrichtungen handelt. Zweisprachige Einrichtungen gehören dort, was diese Angelegenheiten anbelangt, je nach dem Fall zum Kompetenzbereich des Parlamentes der Region Brüssel-Hauptstadt, welches dann als „Gemeinsame Gemeinschaftskommission“ tagt, was voraussetzt, dass eine Mehrheit in den beiden Sprachgruppen dieses Parlamentes erforderlich ist, oder zum Kompetenzbereich der Föderalbehörde.

Die Zuständigkeitsverteilung zwischen dem Föderalstaat und den Regionen und Gemeinschaften kennzeichnet sich durch den Rückgriff auf *hauptsächlich ausschließliche* Zuständigkeiten sowie durch das *Nichtvorhandensein einer Hierarchie* im Verhältnis zwischen

¹ Artikel 1 der Verfassung bestimmt seit dem 5. Mai 1993: „Belgien ist ein Föderalstaat, der sich aus den Gemeinschaften und den Regionen zusammensetzt“.

² A. ALLEN/ K. MUYLLE, *Handboek van het Belgisch Staatsrecht*, Kluwer Rechtswetenschappen België, Mecheln, 2011, 196-224, 287-597; A. ALLEN/ D. HALJAN/ P. PEETERS/ S. FEYEN (Hrsg.), *Belgium*, in *International Encyclopaedia of Laws: Constitutional Law*, Kluwer Law International, Alphen, 36-38, 143-182.

dem Föderalstaat und den Regionen. Die Regionen und Gemeinschaften verfügen über eigene gesetzgebende und ausführende Organe (Regierung und Verwaltungen), die in den ihnen zugewiesenen Sachbereichen *völlig autonom* sind, während auch der Föderalstaat seinerseits *über eine eigene gesetzgebende und eine eigene ausführende Gewalt verfügt*. Die rechtsprechende Gewalt ist jedoch völlig föderal ⁽³⁾.

Die Gesetzgebungstätigkeit wird auf föderaler Ebene mittels sogenannter „Gesetze“ ausgeübt. Auf Regional- und Gemeinschaftsebene handelt es sich dabei um „Dekrete“, abgesehen von der Region Brüssel-Hauptstadt, wo von „Ordonnanzen“ die Rede ist.

Die belgische Staatsstruktur weist also manche asymmetrischen Aspekte auf.

2. Obwohl dies nicht sofort aus dem Vorstehenden hervorgeht, wird allgemein angenommen, dass es sich beim komplexen belgischen Modell im Wesentlichen um einen *zweigliedrigen oder bipolaren Föderalismus* handelt, was insbesondere auf föderaler Ebene zum Ausdruck kommt ⁽⁴⁾. Hauptsächlich im Hinblick darauf, die Minorisierung der Französischsprachigen in Belgien (etwa 40 % der Bevölkerung) zu verhindern, wurde die Parität im Ministerrat sowie in anderen wichtigen Institutionen (z.B. Verfassungsgerichtshof, Staatsrat, Kassationshof) eingeführt, werden die föderalen Parlamentsmitglieder in zwei Sprachgruppen eingeteilt, ist eine Mehrheit in jeder Sprachgruppe für so genannte Sondergesetze, durch die die Staatsstruktur gestaltet wird, erforderlich, gibt es ein sog. Alarmverfahren, usw. Das Bemühen um den Schutz der niederländischsprachigen Minderheit in der Region Brüssel-Hauptstadt führte dort zu komplexen institutionellen Regelungen. Damit zusammenhängend ist die *zentrifugale Beschaffenheit* der aufeinander folgenden Staatsreformen hervorzuheben. Im Gegensatz zu anderen föderalen Staaten, die aus der Vereinigung autonomer Einheiten hervorgegangen sind, kennzeichnet sich der belgische Staatsreformprozess durch den Abbau eines ursprünglichen Einheitsstaates ⁽⁵⁾. Die Bildung der Gemeinschaften entspricht einem Bestreben, das ursprünglich hauptsächlich auf flämischer Seite festzustellen war, während die Bildung der Regionen ursprünglich auf einem wallonischen Bestreben beruhte. Im Laufe der Zeit ist allerdings der Ruf nach Selbstverwaltung im wirtschaftlichen Bereich auch in Flandern in den Vordergrund getreten, während dem Schutz der eigenen Kultur nun auch auf französischsprachiger Seite viel Aufmerksamkeit gewidmet wird.

3. Während der vorigen Legislaturperiode wurde eine so genannte „Sechste Staatsreform“ durchgeführt, die fast in ihrer Gesamtheit seit dem 1. Juli 2014 wirksam ist. Dadurch werden zahlreiche, hauptsächlich technische Anpassungen an der belgischen Staatsstruktur vorgenommen, ohne dass die wesentlichen Grundkonzepte des belgischen Staatssystems dabei in Frage gestellt werden. Es handelt sich unter anderem um die Lösung sich lange hinziehender institutioneller Probleme in Brüssel und um Brüssel herum (Aufspaltung eines Wahlkreises, Reform eines Gerichtsbezirks, Änderung der Finanzierung der Region Brüssel-Hauptstadt), die Reform des Senats und die weitere Ausarbeitung der konstitutiven Autonomie der Teilgebiete. Am auffallendsten sind die weitere Übertragung von Kompetenzen an die Regionen und Gemeinschaften und die Reform des

³ Unter bestimmten Voraussetzungen können die Regionen und Gemeinschaften allerdings spezialisierte administrative Rechtsprechungsorgane schaffen, die der Kassationsbefugnis des föderalen Staatsrates (oberstes administratives Rechtsprechungsorgan) unterliegen.

⁴ Wobei die kleine Deutschsprachige Gemeinschaft etwas aus den Augen verloren wird.

⁵ A. ALEN/ K. MUYLLE, o.c., 300-301.

Finanzierungssystems, wobei die Regionen eine größere Steuerautonomie erworben haben. Insgesamt hat mit dieser Staatsreform die Komplexität zugenommen, weshalb der Verfassungsgerichtshof - dessen erste Aufgabe darin besteht, die Einhaltung der Kompetenzverteilung zwischen den verschiedenen Gesetzgebern zu überwachen - in der kommenden Zeit voraussichtlich wieder mehr Kompetenzstreitfälle wird lösen müssen. Die Zuständigkeiten des Verfassungsgerichtshofes wurden übrigens auf die präventive Kontrolle der regionalen Volksbefragungen sowie auf Beschwerden in Bezug auf Beschlüsse der Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben ausgedehnt ⁽⁶⁾.

Europäische Einflussnahme auf Zuständigkeitsumschreibungen und -begrenzungen

4. Wenngleich bei der Festlegung der jeweiligen Zuständigkeiten des Föderalstaates, der Regionen und der Gemeinschaften hauptsächlich innerstaatliche Faktoren eine Rolle gespielt haben ⁽⁷⁾, war die Zugehörigkeit zur Europäischen Union nicht ohne Bedeutung bei der konkreten Gestaltung bestimmter Zuständigkeitsverteilungsvorschriften oder bei der Formulierung bestimmter Zuständigkeitsbegrenzungen in Bezug auf die Regionen und Gemeinschaften. Dies lässt sich anhand einiger Beispiele verdeutlichen.

Im *Wirtschafts- und Sozialbereich* gibt es in Belgien eine Kompetenzverteilung zwischen dem Föderalstaat einerseits und den Regionen und Gemeinschaften andererseits. Die Zuteilung normativer Zuständigkeiten auf wirtschaftlicher Ebene oder mit einem wirtschaftlichen Aspekt an die föderierten Teilgebiete ist potentiell geeignet, Handelsschranken zwischen den föderierten Teilgebieten des Staates zu schaffen, was auf gespanntem Fuße mit den aus der Zugehörigkeit zur Europäischen Union (und zur Welthandelsorganisation) sich ergebenden Verpflichtungen stehen könnte. So erhob sich anlässlich eines Dekrets der Wallonischen Region vom 7. Oktober 1985 über den Schutz des Oberflächenwassers gegen Verschmutzung die Frage, ob eine Region die Ausfuhr von Trinkwasser oder zur Trinkwasseraufbereitung geeignetem Wasser in andere Regionen des Landes mit einer Steuer belegen könne. Der Verfassungsgerichtshof, damals noch Schiedshof, erkannte in seinem Entscheid Nr. 47 vom 25. Februar 1988 ⁽⁸⁾, ohne dass diesbezüglich eine ausdrückliche Verfassungsbestimmung vorhanden war, dass die belgische Staatsstruktur auf einer Wirtschafts- und Währungsunion beruht, die durch einen integrierten Markt gekennzeichnet wird, was den freien Verkehr von Gütern und Produktionsfaktoren zwischen den föderierten Teilgebieten impliziert. Der Verfassungsgerichtshof bewertete die fragliche Steuer als einen „Ausfuhrzoll“ aufgrund der vom Gerichtshof der Europäischen Union in dessen Rechtsprechung entwickelten Kriterien und gelangte zu der Schlussfolgerung, dass eine solche Steuer im Widerspruch zur belgischen WWU stand. Die Anregung wurde vom Verfassungsgeber recht bald aufgegriffen, und zwar bei der später im selben Jahr erfolgten Abänderung - durch das Sondergesetz vom 8. August 1988 - des Sondergesetzes vom 8. August 1980. In Artikel 6 § 1 VI dieses Sondergesetzes wurde ausdrücklich vorgesehen, dass die Regionen in Wirtschaftsangelegenheiten ihre Befugnisse sowohl unter Einhaltung der Grundsätze des freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs und der Handels- und Gewerbefreiheit als auch unter Einhaltung des allgemeinen Rechtsrahmens der Wirtschafts- und Währungsunion, wie er durch oder aufgrund des Gesetzes und durch oder aufgrund internationaler Verträge festgelegt worden ist, ausüben. Der allgemeine Rechtsrahmen

⁶ W. VERRIJDT, „Algemene beschouwingen bij de Zesde Staatshervorming“, A. ALLEN u.a. (Hrsg.), *Het federale België na de Zesde Staatshervorming*, die Keure, Brügge, 2014, 3-16.

⁷ Insbesondere der Minderheitenschutz einerseits und das Streben nach einer größeren Autonomie für die Teilgebiete andererseits; siehe A. ALLEN/ K. MUYLLE, o.c., 287-288.

⁸ Schiedshof, Nr. 47, 25. Februar 1988, www.const-court.be

der belgischen WWU wird - unter Beachtung der internationalen Verträge (WTO, EUV, AEUV, EWR) - durch die Föderalbehörde festgelegt. Im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der WWU ist die Föderalbehörde dafür zuständig, die Vorschriften u.a. bezüglich der öffentlichen Aufträge, des Verbraucherschutzes, der Organisation der Wirtschaft und der maximal zulässigen Wirtschaftsförderung zu bestimmen. Im Bereich der Umwelt handelt es sich dabei um eine ausschließlich föderale Zuständigkeit in Bezug auf Produktnormen, Produktabgaben, Öko-Gütezeichen und Umweltwerbung. Ferner ist nur die Föderalbehörde zuständig für die Währungspolitik, die Finanzpolitik (u.a. die Kontrolle über Kreditinstitute, Versicherungsgesellschaften, Holdings), das Bank- und Versicherungsrecht, die Preis- und Einkommenspolitik, das Wettbewerbsrecht und die Regelung der Handelspraktiken, das Handels- und Gesellschaftsrecht, das gewerbliche und geistige Eigentum, die Ausfuhrvorschriften, die Metrologie und die Normung. Des Weiteren ist die Bedeutung des föderalen Steuerwesens hervorzuheben. Die für die Wirtschaftspolitik wichtigen Steuern (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Mehrwertsteuer, Zoll und Akzisen) sind entweder hauptsächlich föderale Steuern, auf die in bestimmten Fällen eine regionale Zuschlagsteuer erhoben werden kann, so wie es bei der Steuer der natürlichen Personen der Fall ist. Das heißt, dass die Steuererhebungsgrundlage, der Steuersatz und die Befreiungen auf föderaler Ebene festgelegt werden, ihr Aufkommen jedoch ganz oder teilweise den Regionen und/oder den Gemeinschaften zugeteilt wird. Obwohl diese Bestimmung sich auf den ersten Blick lediglich auf die Ausübung wirtschaftlicher Zuständigkeiten durch die Regionen bezieht, hat der Verfassungsgerichtshof den Wirkungsbereich dieser Bestimmung sehr bald auf die übrigen Zuständigkeiten der Regionen ⁽⁹⁾ und auf die Zuständigkeitsausübung durch die Gemeinschaften ⁽¹⁰⁾ ausgedehnt. Dies zieht zwei wichtige Folgen nach sich. An erster Stelle wird der Verfassungsgerichtshof recht oft gebeten, regionale Dekrete und Ordonnanzen anhand dieser Grundsätze und dieses allgemeinen Rechtsrahmens zu prüfen. An zweiter Stelle verfügt der Verfassungsgerichtshof durch diese Bestimmung über die Möglichkeit, diese Dekrete unmittelbar anhand bestimmter internationaler Verträge, insbesondere des EUV und des AEUV, zu prüfen.

Unter Beachtung der Grundregeln der WWU und der föderalen Gesetzgebung in den vorgenannten Bereichen sind die *Regionen* dafür zuständig, eine eigene Wirtschaftspolitik zu führen. So sind die Regionen u.a. zuständig für das Anziehen von Investoren, die Beteiligung der öffentlichen Hand an Unternehmen, die regionale Entwicklung, die Absatzförderung und die Nutzung von Bodenschätzen.

Auch im Bereich der *Energiepolitik* gibt es eine Kompetenzverteilung. Während die Föderalbehörde für die Studien über die Perspektiven der Energieversorgung, den Kernbrennstoffzyklus, die großen Lagerungsinfrastrukturen, den Transport und die Produktion von Energie sowie für die Tarife und die Preispolitik zuständig ist, sind die Regionen zuständig für die „regionalen Aspekte der Energie“, u.a. die Strom- und Gasversorgung, die neuen Energiequellen, die rationelle Energieverwendung und die Energierückgewinnung¹¹.

Im *Sozialbereich* gehören u.a. das Arbeitsrecht, die soziale Sicherheit (Arbeitslosenunterstützung, Kranken- und Invalidenversicherung, Pensionen usw.), das Existenzminimum, das gesetzlich garantierte Einkommen für Senioren und die Leistungen zugunsten der Behinderten zum föderalen Kompetenzbereich, während die *Gemeinschaften* zuständig sind für bestimmte Aspekte von u.a. der Familienpolitik, der Gesundheitspolitik, der

⁹ Schiedshof, Nr. 32/91, www.const-court.be.

¹⁰ Schiedshof, Nr. 6/96, www.const-court.be.

¹¹ V. DE SCHEPPER, „De bevoegdheidsverdeling inzake leefmilieu en energie“ in A. ALEN u.a. (Hrsg.), *Het federale België na de Zesde Staatshervorming, o.c.*, 503-520.

Aufnahme und Integration von Einwanderern, der Seniorenpolitik und dem Jugendschutz ⁽¹²⁾. Dem wurde die Auszahlung der Familienleistungen hinzugefügt, für die in der Region Brüssel-Hauptstadt die Gemeinsame Gemeinschaftskommission zuständig gemacht wurde ⁽¹³⁾. Die *Regionen* sind wiederum zuständig für gewisse Aspekte der Beschäftigungspolitik ⁽¹⁴⁾.

5. Auch im Bereich der Umweltpolitik gibt es eine Verteilung der Kompetenzen zwischen der Föderalbehörde und den Regionen ⁽¹⁵⁾. In Umweltfragen ist die *Föderalbehörde* zuständig für den Schutz gegen ionisierende Strahlungen, die Verwaltung radioaktiver Abfälle, die Durchfuhr von Abfällen, den Schutz der marinen Umwelt, die Produktpolitik (Produktnormen, Produktabgaben, Öko-Gütezeichen, Umweltwerbung), den Zivilschutz (Notplanung) und bestimmte Aspekte der wissenschaftlichen Forschung. Die Festlegung der Angelegenheiten, für die die Föderalbehörde zuständig geblieben ist, wurde zum Teil auch durch die Zugehörigkeit zur Europäischen Union beeinflusst. Die Zuständigkeit im Bereich der Produktpolitik beruht auf dem Bemühen, den freien Warenverkehr zu gewährleisten.

Darüber hinaus ist die Föderalbehörde zuständig für mehrere Bereiche, die eng mit der Umweltpolitik verwandt sind. Neben den bereits erwähnten Zuständigkeiten im Bereich der Energiepolitik handelt es sich dabei unter anderem um bestimmte Aspekte der Transportpolitik (Landesflughafen, Eisenbahnen, Straßenverkehrsordnung, Straßenverkehrszulassungsordnung). Im Sinne der Eingliederung umweltbezogener Erwägungen in andere politische Bereiche sowie in Anbetracht der Erweiterung des umweltpolitischen Instrumentariums ist die Tatsache in Erinnerung zu rufen, dass die makroökonomische Politik und ein Großteil des Steuerwesens zum föderalen Kompetenzbereich gehören, wobei allerdings in gewissen Fällen die Konzertierung mit den Regionen oder sogar deren Zustimmung erforderlich ist und ein beträchtlicher Teil des Steueraufkommens den Regionen und Gemeinschaften zugewiesen wird. Weitere wichtige Bereiche sind die Außenpolitik, die Entwicklungszusammenarbeit, die Sozial- und Beschäftigungspolitik, die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, und die Justiz.

Der Schwerpunkt der Umweltkompetenzen liegt jedoch bei den drei *Regionen*. Diese sind zuständig für die Raumordnung, den Umweltschutz (Wasser, Luft, Boden, Lärm) (mit Ausnahme der ionisierenden Strahlungen), die Abfallpolitik, die Aufsicht über gefährliche, gesundheitsschädliche und störende Betriebe, die Trinkwasserversorgung, die Naturerhaltung und gewisse Aspekte der wissenschaftlichen Forschung. Diese Zuständigkeiten sind sowohl gesetzgebender als auch ausführender Art. Auch Inspektion gehört dazu. Der strafrechtliche Ordnungsapparat ist jedoch föderal, wobei allerdings die Regionen und Gemeinschaften nun auch an der Gestaltung der Verfolgungspolitik in den ihnen zugewiesenen Angelegenheiten beteiligt werden ⁽¹⁶⁾. Im Rahmen ihrer steuerrechtlichen Autonomie können die Regionen Umweltabgaben einführen, soweit es noch keine entsprechende föderale Steuer gibt („*non bis in*

¹² J. VAN NIEUWENHOVE, „De bevoegdheidsoverdrachten inzake gezondheidszorg“ in A. ALEN u.a. (Hrsg.), *Het federale België na de Zesde Staatshervorming, o.c.*, 391-411

¹³ B. STEEN, „De gemeenschapsbevoegdheden inzake gezinsbeleid en gezinsbijslagen na de zesde staatshervorming“ in A. ALEN u.a. (Hrsg.), *Het federale België na de Zesde Staatshervorming, o.c.*, 413- 434.

¹⁴ N. VAN LEUVEN, „De bevoegdheidsoverdrachten inzake arbeidsmarkt en tewerkstelling“, in A. ALEN u.a. (Hrsg.), *Het federale België na de Zesde Staatshervorming, o.c.*, 373-390

¹⁵ L. LAVRYSEN, *De ontwikkeling van het Europese, Belgische en Vlaamse milieurecht in een wijzigende institutionele context*, Kluwer Rechtswetenschappen België, 1998, 595-653 und L. LAVRYSEN, *Leefmilieu en waterbeleid*, in G. VAN HAEGENDOREN und B. SEUTIN (Hrsg.), *De bevoegdheidsverdeling in het federale België*, die Keure, Brügge, 1999, 114 SS.

¹⁶ F. VANNESTE, „De Zesde Staatshervorming: justitie en (deelstatelijke) administratieve rechtscolleges“, in A. ALEN u.a. (Hrsg.), *Het federale België na de Zesde Staatshervorming, o.c.*, 437-456.

idem“-Prinzip). Abgaben auf die Einleitung von Abwässern und auf die Verarbeitung von Abfällen sind den Regionen vorbehalten.

Die Regionen sind auch für *Denkmal- und Landschaftsschutz* zuständig. Auch in diesem Bereich ist eine Besonderheit hervorzuheben. In Ostbelgien wurde diese Zuständigkeit durch die Wallonische Region an die *Deutschsprachige Gemeinschaft* übertragen.

6. Auch bei der Gestaltung der Sechsten Staatsreform spielte das EU-Recht eindeutig eine Rolle. Dies gilt unter anderem für die neue Umschreibung der Zuständigkeit der Gemeinschaften in Bezug auf „die inhaltlichen und technischen Aspekte der audiovisuellen und auditiven Mediendienste“, die Verpflichtung für die Regionen, ein Zusammenarbeitsabkommen im Bereich der Durchfuhr von Abfällen zu schließen, den besonderen Substitutionsmechanismus im Bereich des Klimawandels und den Klimaresponsabilisierungsmechanismus, die Beschränkungen im Bereich des regionalen Steuerwesens oder die Steuer der Gebietsfremden ⁽¹⁷⁾.

Internationale und europäische Zuständigkeiten von Regionen und Gemeinschaften

7. Bis Anfang 1993 war die Zuständigkeitsverteilung zwischen Staat, Regionen und Gemeinschaften eine rein innere Angelegenheit. Seitdem hat aber auch im Bereich der Außenpolitik eine Kompetenzverteilung zwischen dem Föderalstaat und den Gemeinschaften und Regionen stattgefunden. Der König (die Föderalregierung) leitet die internationalen Beziehungen und schließt die internationalen Verträge ab, die sich auf die föderalen Zuständigkeiten beziehen. Auch die externe Sicherheit ist ein föderaler Kompetenzbereich. Infolge der Staatsreform von 1993 erhielten die Regionen und Gemeinschaften jedoch auch die Vertragszuständigkeit in ihren Kompetenzbereichen. Nur sie sind zuständig für den Vertragsabschluss in rein gemeinschaftlichen bzw. regionalen Angelegenheiten (z.B. die ursprünglichen Schelde- und Maasverträge, die zwischen den drei Regionen und Frankreich und den Niederlanden, ohne föderales Einschreiten, abgeschlossen wurden). Gemischte Verträge - d.h. Verträge, die sowohl föderale als auch regionale bzw. gemeinschaftliche Angelegenheiten betreffen - werden gemäß einem recht komplizierten Verfahren abgeschlossen, wobei der Föderalstaat und die Regionen und Gemeinschaften in gegenseitigem Einvernehmen handeln. Solche Verträge bedürfen der Genehmigung des föderalen sowie der Regional- und Gemeinschaftsparlamente. Dies ist bei den meisten multilateralen Verträgen der Fall. Die Ratifizierung kann erst nach Erledigung dieses Genehmigungsverfahrens erfolgen ⁽¹⁸⁾.

Die Regionen und Gemeinschaften sind seit 1993 auch intensiv an der europäischen und internationalen Politik beteiligt. Vertreter der Regionen und Gemeinschaften werden in die Delegationen aufgenommen, der belgische Standpunkt ergibt sich aus einem Konsens zwischen der Föderalbehörde und den Regionen und Gemeinschaften. Im EU-Rat wird Belgien - je nach der Zuständigkeit - vom föderalen Minister, dem gegebenenfalls durch einen Regional- oder Gemeinschaftsminister beigegeben wird, oder – in einem Turnus von sechs Monaten – von

¹⁷ S. FEYEN, „De Zesde Staatshervorming en het EU- recht“, in A. ALEN u.a. (Hrsg.), *Het federale België na de Zesde Staatshervorming*, o.c., 71-101.

¹⁸ L. LAVRYSEN, o.c., 612-635.

einem Gemeinschafts- und Regionalminister vertreten ⁽¹⁹⁾. Entsprechende Regelungen gelten für andere internationale Organisationen und Konferenzen ⁽²⁰⁾.

Kooperativer Föderalismus

8. Damit eine koordinierte Politik ermöglicht wird, wurden mehrere Koordinierungsmechanismen zwischen der Föderalbehörde und den Regionen und Gemeinschaften geschaffen. An erster Stelle gibt es den Konzertierungsausschuss zwischen der Föderalregierung und den Regierungen der Regionen und Gemeinschaften, in dessen Rahmen mehrere spezialisierte interministerielle Konferenzen eingesetzt wurden - darunter die Interministerielle Konferenz „Außenpolitik“, die Interministerielle Konferenz „Umwelt“, die Interministerielle Konferenz „Wirtschaft und Energie“ und die Interministerielle Konferenz „Verkehr und Infrastruktur“. In diesen interministeriellen Konferenzen sind die zuständigen Föderal- und Regionalminister vertreten. Daneben gibt es mehrere besondere Koordinierungsorgane, z.B. den Koordinierungsausschuss „Internationale Umweltpolitik“ (CCPIE/CCIM) und den Energiebeirat (ENOVER/CONCERE).

Der Föderalstaat, die Regionen und die Gemeinschaften können auch Zusammenarbeitsabkommen abschließen ⁽²¹⁾. In verschiedenen Teilbereichen u.a. der Umweltpolitik ist dies mittlerweile geschehen. Am bekanntesten sind das interregionale Zusammenarbeitsabkommen über Verpackungsabfälle ⁽²²⁾ und das Zusammenarbeitsabkommen über die internationale Umweltpolitik ⁽²³⁾. In einigen Fällen sind die Regionen auch in föderalen Organen und Institutionen vertreten, etwa im Kontrollausschuss für Elektrizität und Gas und im Föderalrat für nachhaltige Entwicklung. Es sind auch mehrere spezifische Verpflichtungen im Bereich der gegenseitigen Informationserteilung, Einholung von Stellungnahmen, Konzertierung oder Zustimmung in den Sondergesetzen über die Staatsreform vorgesehen.

Besondere Aufmerksamkeit ist in diesem Zusammenhang der europäischen sogenannten Seveso-Richtlinie ⁽²⁴⁾ zu widmen. Die Umsetzung der ursprünglichen Richtlinie fiel in Belgien zum Teil in die Zuständigkeit der Föderalbehörde (die Aspekte Arbeitsschutz und Zivilschutz) und zum Teil in die regionale Zuständigkeit (der Aspekt Umweltschutz). Dies führte in den achtziger Jahren zu einseitigen Umsetzungsmaßnahmen auf föderaler und regionaler Ebene, die ungenügend aufeinander abgestimmt waren, was Lücken und Überschneidungen zur Folge hatte. Deshalb wurde 1988 beschlossen, diesbezüglich eine besondere Bestimmung in das Sondergesetz zur Reform der Institutionen aufzunehmen, die die Föderalbehörde und die Regionen zum Abschluss eines Zusammenarbeitsabkommens für die Anwendung der Seveso-Richtlinie in Belgien verpflichtet (Artikel 92bis § 3 Buchstabe b) des Sondergesetzes vom 8. August 1980, eingefügt durch das Sondergesetz vom 8. August 1988). Die Seveso-II-

¹⁹ Zusammenarbeitsabkommen vom 8. März 1994 bezüglich der Europäischen Union, abgeändert durch das Zusammenarbeitsabkommen vom 13. Februar 2003, BS 25. Februar 2003. Es werden nicht weniger als sechs verschiedene Fälle unterschieden, je nachdem, um welchen Fachrat es sich jeweils handelt.

²⁰ Zusammenarbeitsabkommen vom 30. Juni 1994 bezüglich der internationalen Organisationen.

²¹ R. MOERENHOUT, De samenwerking tussen de federale staat en de gewesten en tussen de gewesten onderling inzake leefmilieu en ruimtelijke ordening, *TMR* 1998, 74-95.

²² N. DE SADELEER, „Het beheer van verpakkingafval op de proef gesteld door het coöperatief federalisme: Onderzoek naar het ontstaan en de draagwijdte van het samenwerkingsakkoord van 30 mei 1996 betreffende de preventie en het beheer van verpakkingafval“, *TMR* 1998, 408-425. Es handelt sich dabei um die Durchführung der Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle.

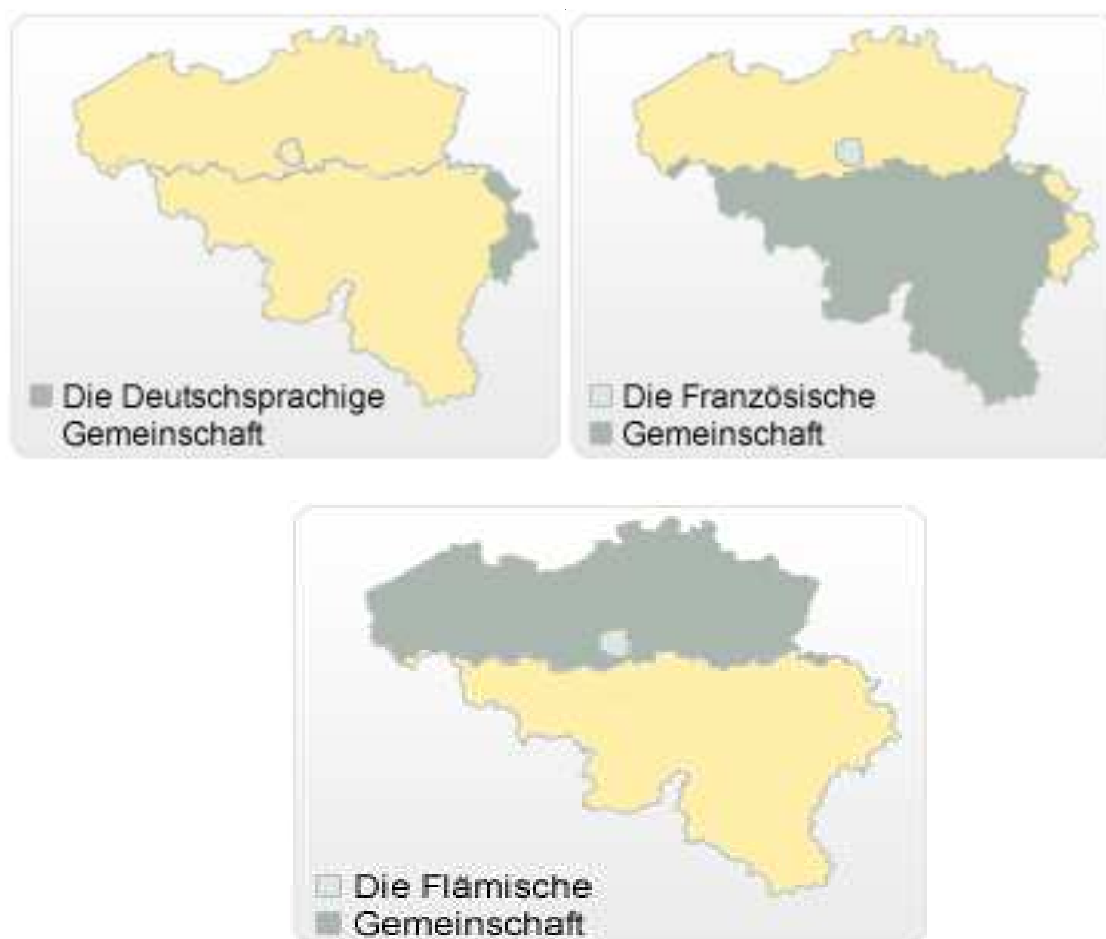
²³ L. LAVRYSEN, o.c., 629-630.

²⁴ Richtlinie 82/501/EWG, mittlerweile ersetzt durch Richtlinie 96/83/EG.

Richtlinie wurde somit anschließend durch ein zwischen dem Föderalstaat und den Regionen abgeschlossenes Zusammenarbeitsabkommen zur Durchführung gebracht, das direkte Wirkung hat und nach erfolgter Genehmigung durch Gesetz und Dekret nunmehr eine koordinierte und konzertierte Anwendung dieser Richtlinie in Belgien vorsieht (²⁵).

Karten des Föderalstaats Belgien

Die Gemeinschaften



²⁵ Zusammenarbeitsabkommen vom 21. Juni 1999 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Region, der Wallonischen Region und der Region Brüssel-Hauptstadt zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen.

Die Regionen



Die Institutionen der Region Brüssel-Hauptstadt

